Handel und Verkehr.

Schlachtungen im städtischen Schlachthaus Emmendingen im Monat Januar 1918 und Januar 1919

Datum	Rindvieh 2 Jahre	Rindvieh 1 Jahre	Kälber	Schweine	Schafe und Ziegen	Pferden Fohlen	Zu entrichtender Betrag Mk.
1918	16	7	21	55	79	6	—	388.—
1919	50	8	5	20	14	51	—	413.10

Evangelischer Gottesdienst in Emmendingen.

Donnerstag, den 6. Februar, abends 8 Uhr: Wochengottesdienst. (Stadtvikar Bucherer).

Kathol. Gottesdienst in Emmendingen

Donnerstag, 6. Febr., nachmittags 4 Uhr: Beichtgelegenheit; ½6 Uhr Andachtsstunde.
Freitag, 7. Febr.: Herz-Jesu-Amt.

Druck und Verlag der Druck- u. Verlagsgesellschaft vorm. Dölter in Emmendingen. Geschäftsinhaber K. Erpig u. Wilh. Arndt. Verantwortlicher Redakteur: Otto Feickmann, Emmendingen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Einladung.

Am Sonntag, den 16. Februar 1919, nachmittags halb 3 Uhr beginnend, findet im Gasthaus „zur Sonne" (Stube) in Mundingen die diesjährige

Bezirksversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts, sowie Vorlage der 1918er Rechnung.
2. Aufstellung des Voranschlags pro 1919.
3. Vortrag des Herrn Oekonomierats Häcker von Freiburg über das Thema „Erhöhtes Geschäft des Landwirts."
4. Neuwahl des Vorstandes und der Direktionsmitglieder.
5. Wahl eines Vertreters zum Landesausschuß.
6. Wünsche und Anträge.
7. Unentgeltliche Verlosung von Gemüsesämereien an die der Bezirksversammlung anwohnenden Vereinsmitglieder.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder sowie insbesondere auch deren Frauen freundlichst ein.

Emmendingen, den 4. Februar 1919.

Direktion des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Emmendingen:
Dr. Baur. 753

Bekanntmachung.

Infolge des großen Wohnungsmangels hat der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 29. Januar beschlossen, daß künftighin leerstehende oder freiwerdende Räume von einem oder mehreren Zimmern dem Wohnungsamt (Stadtkassengebäude 2. Stock) sofort gemeldet werden müssen, widrigenfalls Bestrafung eintritt (das Gesetz sieht Strafen bis zu Mk. 100.— oder Haft bis zu 2 Wochen vor). Die diesbezüglichen Vorschriften werden demnächst bekannt gegeben. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß bis auf weiteres Wohnräume ohne behördliche Genehmigung zu anderen Zwecken nicht umgebaut werden dürfen.

Das Wohnungsamt.

Konfirmanden-Anzüge
empfiehlt
Siegfried Schwarz, Emmendingen,
— Telefon Nr. 147 —

Wilde Lohnforderungen und Wilde Streiks!

Folge:
1. Geldentwertung
2. Höhere Lebensmittelpreise
3. Kein Auslandskredit
4. Kahle Rohstoff- und Nahrungszufuhr

Letzte Folge:

Arbeitslosigkeit und Hunger.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verluste unseres lieben Gatten und Vaters 757

Andreas Scheer

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten von nah und fern sowie für die zahlreiche Beteiligung am Begräbnis herzlichen Dank.

Schupfholz-Vörstetten, 5. Februar 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Luise Scheer geb. Schnaidler **und Kinder.**

Todesanzeige.

Schmerzerfüllt machen wir die traurige Mitteilung, dass meine liebe gute Mutter, unsere liebe Tante und Schwester

Karoline Kreder
geb. Fund

heute Mittag, nach schwerem Leiden, im Alter von 60 Jahren sanft entschlafen ist. 755

Emmendingen, den 5. Februar 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Rosa Fund
Familie Hermann Kreder.

Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag, den 7. Februar 4 Uhr vom Krankenhaus aus statt.

Umtausch von schlechten Entlassungsanzügen gegen gebrauchsfähige.

Die Bekleidungsbestände im Korpsbereich sind zum Teil derart gering, daß die Versorgung der Truppen auf Schwierigkeiten stößt.

Da aber in erster Linie die Truppen für den Grenzschutz Ost und West einzukleiden sind, kann der Umtausch an entlassenen Heeresangehörige nur allmählich erfolgen.

Die Bezirkskommandos werden deshalb künftig die entlassenen Mannschaften nach Maßgabe der verfügbaren Bestände zum Umtausch aufrufen. Zweckmäßig jedoch ist, daß die Entlassenen ihre Ansprüche rechtzeitig bei den zuständigen Bezirkskommandos geltend machen und sich dies in den Militär-Papieren bescheinigen lassen. 752

Durlach, den 28. Januar 1919.

Landesausschuß badischer Soldatenräte: Gehring.
Generalkommando XIV. A. K.: Gudowius.

Spezialbehandlung chronisch. Beinleiden
(offene Beine, Salzfluß etc.)
Heilung ohne Berufsstörungen und ohne Bettruhe.
Sprechstunden täglich von 11—4 Uhr.
Freiburg i. B. Schwimmbadstr. 28 I.
(früher Sedanstr. 18).
686

Rosshaare
Schweife und Mähnen, kaufen jedes Quantum zu hohen Preisen 701
Bürstenfabrik Mez & Co.
Freiburg i. Br., Zähringerstrasse Nr. 17
Fernsprecher 1981.

Kapitalien
für prima I. Hypotheken bis zu 60% bei 4½ bis 4½% von Selbstgeber auszuleihen.
Gesuche unter X. Y. Z. Nr. 760 an die Geschäftsst. der Breisg. Nachrichten.

Zu verkaufen ein 749
Hochzeitsanzug
auch geeignet zu einem Konfirmantenanzug, ein
schwarzer Ueberzieher
mittlerer Größe.
Schwarzwaldstr. 46 II. St. Emmendingen.

6 Jungtiere
sehr schöne blaue Wiener sind zu verkaufen. Haus Mundingerstr. 18

Ein 1½-stöckiges 744.
Haus
mit Schopf u. Stallung zu verkaufen
Zu erfragen in der Gesch. des Blattes.

Guterhaltener, größerer
Kochherd
auch für Wirtschaft geeignet, preiswert abzugeben 714
Lammstr. 10, Emmendingen.

Eine gute 748
Nutzkuh
36 Wochen trächtig, hat zu verkaufen
Georg Glinzig Ww.
in Mundingen.

Eine ältere 748
Kuh
noch 7 Ltr. Milch gebend, sowie ein schönes Stierkalb zu verkaufen
Haus Nr. 59, Teningen

Rapp-Wallach
starker Ponny, 7 Jahre alt, gut im Zug und flotter Gänger, zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Breisg. Nachr. 725

Aecker und Wiesen
einige Morgen in Emmendingen zu kaufen oder pachten gesucht. Angebote mit Preis nach **Waldkirch**, Merkliniir. 15. 707

Eckbauplatz
500 qm in ruhiger schöner Lage für Mark 1750.— verkäuflich. Kein Bauzwang, kann auch vorerst als Garten angelegt werden. Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Breisgauer Nachrichten.

Neues 681
Schlafzimmer
— Matratzen Friedensware — evt. auch mit Federnbetten, Kleiderschränke, hartb. Komode, Waschkomode mit und ohne Marmor, bessere und einfache Tische, schöne Stühle, Vertiko, 2 Rähtische, Nachttische, Polsterstühle, 6 Betten, 1- und 2-schläfrig, schönes vollst. Roßhaarbett, billig zu verkaufen bei
Frau A. Arbeidt, Neustr. 1

Breisgauer Familien-Kalender 1919
mit zahlreichen Bildern und Erzählungen von den Kriegspflichten.
Preis für die Abonnenten der „Breisg. Nachr."
Nur 30 Pfg.
Zu haben in der Geschäfts-Stelle der Breisgauer Nachrichten bei unseren Agenturen und in sämtlichen Buch- und Schreibwarenhandlungen.

Warnung.

Bringe hiermit Jedermann zur Kenntnis, daß die gemeinen Verleumdungen, die über meine Tochter J. F. ausgebreitet wurden, völlig unbegründet und aus der Luft gegriffen sind. Sollte mir jemals wieder was zu Ohren kommen, so werde ich gegen niemand mehr Rücksicht üben, sondern weitere Schritte unternehmen. Dies zur Warnung!
Karl Schultis.

Eine bereits neue 754
Kommode, 1 Tisch, 4 Stühle, 1 großer Spiegel, 1 Gasherd
preiswert zu verkaufen.
Lammstraße Nr. 31
Emmendingen.

Ein 18 Monate altes
Kind
das seine Mutter verloren hat, wird sofort in Pflege gegeben.
Näheres unter S. G. R. Nr. 756 an die Gesch. der Breisg. Nachr.

Gesucht per sofort oder 1. März ein braves ehrliches
Mädchen
vom Lande für Haus- etwas Feldarbeit und solche 2 Kühe melken gegen hohen Lohn.
Zu erfragen in der Geschäftsst. der Brsg. Nachr. 751

Mädchen
das schon gedient hat, für Küche und Hausarbeit auf sofort gesucht. 746
Zu erfragen in der Geschäftsst. der Breisgauer Nachrichten.

Junger Bursche, 21 Jahre alt, sucht 745
Stellung
als Melker.
Zu Erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Mädchengesuch.
Ein älteres Ehepaar sucht ein sittliches zuverlässiges Alleinmädchen, das einer besseren Küche vorstehen kann, auf 1. oder 15. März. Gute Behandlung und hoher Lohn zugesichert.
Frau Lefer-Greif
718 Lahr, Lotzbeckstr. 12.

Zwei ordentl.
Mädchen
oder Knaben, nicht unter 12 Jahren für leichte Beschäftigung für 2 Stunden des Nachmittags bei guter Bezahlung gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Breisg. Nachr.

Dauermieter sucht auf 1. März ein schön 747
möbl. Zimmer
Angebote unter 747 an die Gesch. der Breisg. Nachr.

Lehrerin sucht auf sofort gut möbliertes
Zimmer
Angebote unter Nr. 732 an die Gesch. d. Breisg. Nachr.

2 gutgehende 733
Futterschneidmaschinen
sind zu verkaufen.
Haus Nr. 85, Köndringen.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 3.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.— den Monat.

Breisgauer Nachrichten

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 90 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Plazvorschrift Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 8 Mk. Versicherungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Reklamen.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 32 (Evang.: Richard) Emmendingen, Freitag, 7. Februar 1919. (Kath.: Romuald) 54. Jahrgang

Die Nationalversammlung in Weimar.

PTB. Weimar, 6. Febr. Weimar trägt heute zu Ehren der bevorstehenden Eröffnung der Nationalversammlung reichen Flaggenschmuck. Der festliche Tag wurde durch Gottesdienst in der katholischen und in der protestantischen Kirche eingeleitet. Sodann folgte eine interfraktionelle Besprechung, in der dem Vernehmen nach auch die zukünftige Zusammensetzung der Reichsregierung zur Sprache gelangte. Aus parlamentarischen Kreisen hört man, daß eine Kombination von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum nicht sehr unwahrscheinlich ist. Später wird eine Besprechung des Seniorenkonvents mit der Reichsleitung im Schlosse stattfinden, bei der der Arbeitsplan für die nächsten Tage vereinbart werden soll.

Schon vor 2 Uhr begann die Ansammlung der Bevölkerung vor dem Nationaltheater, um die Ankunft der Abgeordneten zu erwarten. Vor dem Hause war eine Ehrenkompagnie aufgestellt; im übrigen waren keine Absperrungs- oder sonstige Behinderungsmaßnahmen getroffen. In der dritten Stunde trafen nach und nach die Abgeordneten ein, unter denen die weiblichen Mitglieder naturgemäß besonderes Interesse erregten. Bis gegen Mittag war die Ankunft von etwa 400 Abgeordneten bekannt, so daß die Versammlung ziemlich vollzählig sein wird. Auch die Presse ist außerordentlich zahlreich vertreten. Das Nationaltheater selbst war entsprechend geschmückt. Die Estrade trägt sowohl vor dem Platz des Präsidenten als auch vor den Bänken der Reichsregierung und der Vertreter der Einzelstaaten reichen Blumenschmuck.

Um 3¼ Uhr nachmittags eröffnete der Vorsitzende Ebert die erste Sitzung der deutschen Nationalversammlung im Nationaltheater Weimar mit einer Ansprache, in der er u. a. sagte: Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution. Sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. Die Regierung begrüßt in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. Mit den alten Königen und Fürsten von Gottesgnaden ist es für immer vorbei. (Hierauf lebhafter Beifall links. Zischen rechts, Zurufe: Abwarten!)

Ebert fortfahrend: Die Nationalversammlung vertritt eine große republikanische Mehrheit. Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in alle Zukunft sich selbst. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist nicht eine Folge der Revolution. Es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und unserer militärischen und wirtschaftlichen Kraft konnte sie nicht anders handeln. Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die Politik der alten Gewalten und der leichtsinnige Ehrgeiz des Militarismus das deutsche Volk gestürzt hat. Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelnot. Nicht nur auf uns, sondern auch auf unsere Gegner hat der Krieg erschöpfend gewirkt. Aus dem Gefühl der Erschöpfung auch bei unseren Gegnern wird der Ausbeutungsgedanke in das Friedenswerk hineingetragen. Diese Rache- und Vergewaltigungspläne fordern den schärfsten Protest heraus. (Lebhafte Zustimmung.) Angesichts des Elends erscheint die Schuldfrage klein. Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Nichtachtung nachgewiesen werden kann. Weshalb haben nach ihren eigenen Zeugnissen unsere Gegner gekämpft? Um den Kaiserismus zu vernichten! Es gibt ihn nicht mehr, er ist für immer erledigt. Sie haben gekämpft, um den Militarismus zu zerstören. Er ist in Trümmer gebrochen und wird nicht mehr auferstehen. Die Waffenstillstandsbedingungen waren unerhört hart und sind noch härter durchgeführt worden.

Wir warnen die Gegner, uns nicht bis zum Aeußersten zu treiben. Wie General von Winterfeldt könnte eines Tages das ganze deutsche Volk gezwungen sein, auf die weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschieben. Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhungern und Schmach. Eine sozialistische Regierung und gerade ein solche, muß und wird auch wählen können zwischen „Lieber jede Entbehrung, als Entehrung". (Lebhafte Zustimmung.) Im Vertrauen auf Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Es wartet jetzt auf den Wilsonfrieden, auf den es Anspruch hat. Das ganze deutsche Volk erstrebt nichts anderes, als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten und sich dort durch Fleiß und Tüchtigkeit eine geachtete Stellung zu erwerben. (Allgemeine Zustimmung.) Deutschland kann in der Welt noch viel leisten. Wir sind auf dem Wege, der Welt sozialistisch voranzuschreiten, indem wir dienen dem Sozialismus, dem Sozialismus, der allein Dauer haben kann und den Wohlstand und die Kultur eines Volkes hebt, dem Sozialismus der werdenden Wirklichkeit.

Wir wenden uns noch einmal an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, durch Vergewaltigung unseres Volkes und unserer Wirtschaft nichts zu vernichten, was sich trotzdem hoffnungsvoll bei uns anbahnt. Wir können auch nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reiches zu einigen. Ich bin sicher, im Sinne der ganzen Nationalversammlung zu sprechen, wenn ich die Kundgebung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung für den Anschluß an Deutschland aufrichtig und voller Freuden begrüße und sie mit herzlicher Brüderlichkeit erwidere. Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reiche der deutschen Nation mit offenem Herzen und Armen willkommen heißen. Deutschland darf nicht wieder dem alten Elend der Zersplitterung! und der Verengung anheimfallen. Nur eine große einheitliche Vereinigung ermöglicht unserem Wirtschaftsleben eine politische Aktionsfähigkeit. Nur ein einiges Deutschland kann die Zukunft des deutschen Volkes sicherstellen.

Die provisorische Regierung hat zusammen mit dem Zentralrat der deutschen Republik alles in ihren Kräften Stehende getan, um die mannigfachen Gefahren zu überwinden, die uns entgegenstehen. Wir haben alles getan, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Wir richten auch an die Unternehmer die dringende Bitte, die Belebung der Produktion mit allen Mitteln zu fördern. Auf der anderen Seite müssen wir die Arbeiterschaft auffordern, alle Kräfte einzuspannen zur Arbeit, die allein uns retten kann. Wir müssen arbeiten und Werte schaffen. Sonst gehen wir zu Grunde. Sozialismus ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn die Produktion eine genügend hohe Stufe der Arbeitsleistung innehält. Sozialismus ist für uns Ordnung und Arbeit, und nicht Eigenmächtigkeit und Zerstörung.

Sorgenvoll blicken wir in die Zukunft, wir vertrauen aber trotzdem auf die Kraft der deutschen Nation. Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung sind für immer zusammengebrochen. Die preußische Hegemonie, das hohenzollernsche Heer, die Politik der Kriegsheyer sind bei uns für alle Zukunft unmöglich geworden. Wir müssen hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren. Wir wollen uns das vor Augen halten, was Fichte der deutschen Nation zum Beitrag gegeben hat: Wir wollen errichten ein Reich des Rechts und der Wahrhaftigkeit, begründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschen Antlitz trägt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit.)

Als Alterspräsident übernimmt der Mehrheitssozialist Pfannkuch den Vorsitz der Nationalversammlung und richtete eine Ansprache an sie, in der er u. a. sagt: Jetzt ist das deutsche Volk kein eigener Herr, seine eigene oberste Gewalt geworden. Es muß die große Prüfung bestehen, ob es reif ist, in Freiheit zu leben. Wir können die Herrschaft einer Minderheit nicht dulden. Die Augen des ganzen deutschen Volkes sind heute auf die deutsche Nationalversammlung gerichtet. Sie ist der Ausdruck des Willens des deutschen Volkes. Lassen Sie sich bei Ihren Arbeiten und Beschlüssen leiten von dem Grundsatz: Alles für das Volk, alles durch das Volk!

Die Geschäftsordnung des Reichstages wird als provisorische Verfassung der deutschen Nationalversammlung anerkannt. Bei dem Namenruf ergibt sich eine Anwesenheit von 397 Abgeordneten.

Der Alterspräsident beraumt die nächste Sitzung für Freitag nachmittag 3 Uhr an mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidiums.

Schluß gegen 5 Uhr.

* * *

WTB. Weimar, 5. Febr. In der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion, die sich nachmittags mit den Bremer Vorgängen beschäftigte, führte Noske aus: In Bremen war von Versammlungsfreiheit keine Rede, von Pressefreiheit noch weniger. Mit vorgehaltenem Revolver wurden Arbeiter aus Fabriken zum Demonstrationsstreik herausgehetzt. Das aus dem Felde zurückgekehrte Regiment 75 wurde unter betrügerischen Versprechungen vor die Maschinengewehre gelockt und dann unter Bruch feierlicher Vereinbarungen entwaffnet. Mit vorgehaltenem Revolver wurde unserer Partei der Wahlfond von 35 000 Mark abgepreßt. Ferner wurden mit vorgehaltenem Revolver die Banken gezwungen, das Depot der „Bremer Bürgerzeitung" herauszugeben. Anstelle jeder Freiheit wurde über Bremen der Belagerungszustand verhängt. Gegen diese Mißwirtschaft suchte die Reichsregierung wochenlang durch Ermahnungen und Appelle eindringlicher Art anzukämpfen. Als Antwort bekam sie höhnische Abweisungen. Embargoschiffe konnten erst auslaufen, als man kommunistischen Seeleuten besonders hohe Prämien bezahlte. Die Zustände wurden unhaltbar, als die Lebensmittelschiffe auslaufen sollten. Nachdem die Transportarbeiterverbände und die Reeder sich weigerten, stellten die kommunistischen internationalen Seeleute die verrücktesten Erpressungsforderungen und drohten, kein Schiff auszufahren zu lassen, wenn die Forderungen nicht restlos erfüllt würden. Sogar Sabotage der Lebensmittelschiffe wurde in Aussicht gestellt, wenn wir nicht sofort nachgäben. Da mußten wir Ordnung schaffen, wenn nicht die Ernährung des deutschen Volkes gefährdet werden sollte. Die Bremer und Hamburger Gewaltherrschaft wollte sogar die Minenboote wieder bewaffnen, die nach den Waffenstillstandsbedingungen desarmiert werden mußten. Nach langem Zögern entschloß sich die Regierung zum militärischen Eingreifen. Unser Bremer Kollege Deichmann war während der ganzen Aktion beim Stabe der Division Gerstenberg, die nichts tat, was er nicht für notwendig erklärte. Der Einmarsch in Bremen und die Entwaffnung wären vielleicht ohne Blutvergießen vor sich gegangen, wenn sich der Hamburger Soldatenrat nicht einmischte. Der Hamburger Soldatenrat beanspruscht die oberste Kommandogewalt über den ganzen Bezirk des 9. A.-K. Die Regierung soll in diesem Bezirk nichts ohne seine Zustimmung tun können. Das ist eine ganz unmögliche Zumutung. Wir taten alles Erdenkliche, um die Soldatenräte mit möglichst weitgehenden Befugnissen an unser Heeressystem anzugliedern, aber die oberste Kommandogewalt muß in den Händen der Reichsregierung bleiben. Leider ließ ein Teil unserer Hamburger Parteigenossen sich von der Hetze gegen die Reichsregierung ins Schlepptau nehmen. Solange wir die Kraft haben, werden wir die Freiheit des deutschen Volkes gegen die terroristischen Gewaltakte einer kleinen Minderheit zur Geltung bringen. Schuld an dem Blutvergießen, das leider unvermeidlich war, trifft nicht uns, sondern die, die den Willen des deutschen Volkes nicht anerkennen wollen.

WTB. Weimar, 5. Febr. Nach den Darlegungen Noskes, die mit großem Beifall aufgenommen wurden, wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Die Fraktion nimmt von den Mitteilungen über die Vorgänge in Bremen Kenntnis und billigt das Verhalten der Reichsregierung.

Aufruf des Zentralrates an die Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 6 Febr. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik richtete an die deutsche Nationalversammlung folgenden Aufruf:

1. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches hat schon vor der Revolution das gebieterische Bedürfnis erkennen lassen, das Reich zu einem Einheitsstaate umzugestalten.

2. Die Revolution der Arbeiter und Soldaten hat dieses Bedürfnis in vollem Umfange bejaht und die Beseitigung aller einzelstaatlichen Hemmungen für die politische und wirtschaftliche soziale innere und äußere Entwicklung der deutschen Republik als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erklärt, nachdem die preußische Vorherrschaft beseitigt worden ist.

3. Die planvolle Vorbereitung der revolutionären Organisation bei der endgültigen Gestaltung der Republik aller einheitlich wirkenden Kräfte für den gesamten Neuaufbau Deutschlands hat in der Richtung auf den Einheitsstaat ebenfalls zur unumgänglichen Voraussetzung.

4. Neuerdings erheben die früheren Bundesstaaten, die jetzigen Freistaaten, wiederum so starke Ansprüche auf einzelstaatliche Hoheitsrechte in der deutschen Republik und zwar nicht nur in der vorläufigen, sondern auch für die endgültige Reichsverfassung, daß die Entwicklung zum Einheitsstaate ernstlich gefährdet erscheint und eine möglichst rasche Erholung von den Schlägen des Weltkrieges und dem wahrscheinlichen Friedensvertrage durch die einzelstaatliche Zersplitterung verhindert zu werden droht.

5. Neben der Eingliederung der A- und S.-Räte in die zukünftige Reichsverfassung zur Verstärkung der Arbeitervertretung und inneren Produktionsinteressen, sowie zur volkstümlichen Gestaltung des Heereswesens erscheint es deshalb zunächst als die wichtigste Aufgabe der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschlands, eine schädliche Wiedererstarkung einzelstaatlicher Hoheitsrechte, die über die Geltendmachung landsmannschaftlicher Selbstverwaltung und Kulturinteressen hinausgeht, aufs entschiedenste zu bekämpfen und alle Kräfte dafür einzusetzen, daß die Verfassungsarbeit in Weimar die gebotene Richtung auf den deutschen Einheitsstaat nimmt.

6. Der Reichsnationalversammlung liegt es ob, den Neuaufbau Deutschlands in politischer und wirtschaftlicher Beziehung vorzubereiten, sowie eine territoriale Neugliederung des Gebiets vorzunehmen. Sie darf darin von keiner anderen Körperschaft, insbesondere nicht von den Landesnationalversammlungen, beschränkt werden.

7. In der Erwartung, daß die Nationalversammlung ihr

volle Souveränität durchführt, legt der Zentralrat die ihm von Reichskongreß der A.- und S.-Räte übertragene Gewalt in die Hände der deutschen Nationalversammlung und wünscht ihren Arbeiten jeglichen Erfolg zum Glück und Heile des gesamten deutschen Volkes und aller im neuen deutschen Reiche vereinigten Volksstämme.

8. Der Zentralrat wird die ihm übertragenen Befugnisse, insbesondere die durch das neue Gesetz betr. die Regelung der Kommandogewalt überwiesene Stellung als oberste Berufungsinstanz für die Soldatenräte solange ausüben, bis die Nationalversammlung seine Befugnisse einer anderen Körperschaft übertragen hat.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. Berlin, 6. Febr. (Amtlich.) Bei den in den letzten Tagen mit den Vertretern des polnischen Obersten Volksrates zu Posen in Berlin stattgehabten Verhandlungen erklärte die preußische Regierung im Einvernehmen mit der Reichsregierung, daß die durch die jüngste Entwicklung in der Provinz Posen entstandene Lage in keiner Weise den Entscheidungen des Friedensschlusses vorzugreifen vermöge, daß gemäß dem Waffenstillstandsvertrag im Osten die Reichsgrenzen vom August 1914 anzuerkennen seien und daß innerhalb dieser Grenzen die staatliche Souveränität beim Deutschen Reiche bezw. preußischen Staate liege. In Konsequenz dieser Rechtslage hält die preußische Regierung das Vorhandensein einer polnischen Armee unter polnischer Befehlsgewalt innerhalb der deutschen Reichsgrenzen für unmöglich und forderte ihre Auflösung. Ferner ordnete sie die Wiedereinsetzung der preußischen Behörden, soweit sie an der Ausübung ihrer Amtstätigkeit durch die Polen behindert waren, an und erklärte, nur deutsche Behörden für zuständig erklären zu können, die von der preußischen Regierung eingesetzt seien oder anerkannt würden. Die Bevollmächtigten des Obersten polnischen Volksrates erkannten zwar den Rechtsstandpunkt der preußischen Regierung nach der formellen Seite hin an, erklärten aber, die preußischerseits vorgebrachten Forderungen nicht erfüllen zu können, insbesondere nicht die sofortige Waffenniederlegung. Statt dessen schlagen sie vor, die Verhandlungen auf zwei Wochen zu vertagen und während dieser Zeit die Kampfhandlungen beiderseits einzustellen. Die preußische Regierung hat daraufhin im Einverständnis mit der Reichsleitung dem polnischen Obersten Volksrat mitgeteilt, daß die Einstellung der Kampfhandlungen nur unter der Bedingung bewilligt werden könne, daß keine bewaffnete polnische Formation innerhalb der deutschen Reichsgrenzen verbleibe.

* * *

WTB. Hamburg, 5. Febr. In der letzten Nacht versuchte ein Trupp von Spartakisten sich verschiedener Sicherheitswachen zu bemächtigen, um Munition und Waffen zu erhalten. Bei vier Wachen gelang es ihnen, die Mannschaft zu überwältigen und ihr die Waffen abzunehmen. Eine größere Anzahl von ihnen zog dann zur Kaserne des Infanterie-Regiments Nr. 76, um sie zu stürmen. Sie wurden aber dort abgewiesen, ebenso vor der Polizeiwache in der Gartenstraße, die mit vielen Sicherheitsmannschaften besetzt war. Gestern morgen zog eine große Anzahl bewaffneter Arbeiter nach dem Freihafen, um die großen Lebensmittellager zu besetzen. Sie wurden hier ebenfalls zurückgewiesen. Die Arbeiter erklärten, wenn es ihnen gelänge, in die Lager einzudringen, würden sie sie in Brand setzen. In der Stadt sind verschiedene Werbebüros der Arbeiter eingerichtet worden, wo diese Munition und Waffen erhalten.

Hamburg, 6. Febr. (Privattelegramm.) Die Telegraphenbeamten haben gestern morgen 9 Uhr den Dienst eingestellt, weil der A. S.-Rat in der Nacht den Telegrammverkehr der Zensur unterworfen hat. Sie werden den Dienst erst wieder aufnehmen, wenn der von ihnen an den A. S.-Rat entsandten Abordnung die Zusicherung gegeben ist, daß die Zensur wieder aufgehoben und daß sie nicht wieder eingeführt werden wird. Seit 11 Uhr vormittags ist auch der Fernsprechverkehr eingestellt worden. Ebenso wurde der Zugverkehr zwischen Hamburg-Altona und Harburg am Morgen eingestellt, doch werden alle ankommenden Personenzüge auf den Vorstationen aufgehalten.

WTB. Hamburg, 6. Febr. Hier sind Einigungsverhandlungen zwischen der gesamten Beamtenschaft und den Parteiorganisationen nachts über geführt worden. Sie haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Resolution Dr. Laufenbergs sofort rückgängig gemacht und die Entwaffnung der gesamten Arbeiterschaft in Hamburg vorgenommen wird. Truppensendungen nach Bremen werden rückgängig gemacht. Die Lebensmittellager stehen unter der Kontrolle des A.- und S.-Rates in Hamburg und werden nicht mehr bewacht. Der A.- und S.-Rat verpflichtet sich, keinerlei Maßnahmen zu treffen, die gegen die Regierung gerichtet sind. Die Beamtenorganisationen werden zu allen Verhandlungen zugezogen. Die Ruhe und Ordnung war vergangene Nacht nirgends gestört.

WTB. Flensburg, 4. Febr. Der Zentralrat der Beamtenvereinigung Flensburg hat an den A. S.-Rat Flensburg ein bis heute mittag befristetes Ultimatum gerichtet, daß er nicht weiter gegen die Regierung vorgehe, sonst würden sämtliche Beamte in den Ausstand treten.

Zum Waffenstillstand und Friedensschluß.

WTB. Berlin, 6. Febr. Als Nachfolger des Generalmajors v. Winterfeldt als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission wurde General Freiherr v. Hammerstein, zurzeit Abschnittskommandeur in Wesel, berufen.

WTB. Berlin, 6. Febr. (Aus der Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 4. Februar.) Auf die deutsche Nachfrage über das Ausbleiben von fünf mit französischen Kriegsgefangenen nach Cherbourg ausgelaufenen deutschen Dampfern erklärte der französische Vorsitzende, der alliierte Schiffahrtsrat werde demnächst in Paris über die weitere Verwendung dieser fünf Dampfer befinden. General Nudant bestätigte heute schriftlich, daß aus Haidar Pascha nicht nur die Zivilinternierten, sondern auch die deutschen Truppen heimbefördert würden. Er teilte ferner mit, daß bei der Weiterführung der Zivilprozesse in Elsaß-Lothringen, die noch am 11. November 1918 schwebten, nach den damals geltenden deutschen Gesetzen Recht gesprochen werde. Betreffend Beschlagnahme deutschen Heeresgutes sprach die deutsche Kommission dem Verbande jedes Recht zu einer solchen in der neutralen Zone ab. Weiter gab das Oberkommando der Alliierten bekannt, daß weder in der neutralen noch in der besetzten Zone Arbeiter- und Soldatenräte bestehen dürfen. Die deutsche Waffenstillstandskommission forderte dann die sofortige Rückgabe des beschlagnahmten Zuckers und erhob ferner gegen das Vorgehen des französischen Gesandten im Haag Einspruch, welcher der niederländischen Regierung das Abkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes vollkommen unzutreffend übermittelt hatte, sodaß die niederländischen Banken falsch unterrichtet waren. Wegen der Vergehen der belgischen Besatzungstruppen gegen die deutsche Bevölkerung wurden Vorstellungen beim belgischen Vertreter erhoben, der Abstellung versprach. Die englische Kommission teilte mit, daß Sir John Beale am 6. Februar in Spaa als Bevollmächtigter eintreffe, um im Auftrage der Alliierten die Frage der Lebensmittelversorgung des links- und rechtsrheinischen Gebiets zu untersuchen.

Aus dem Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 5. Februar.

WTB. Berlin, 6. Febr. Die Alliierten lehnten es ab, die von Deutschland nachgesuchte Erlaubnis zur Fischerei im Skagerrak und Kattegat zu erteilen. Die deutsche Bitte, die Fischerei in der Nordsee bis zur Linie Hornsriff-Borkum freizugeben, wird, wie sie weiter mitteilten, erst dann genehmigt werden, wenn die Forderung des Artikels 22 des Waffenstillstandsvertrages durchgeführt worden sei. Es wird demnächst eine englische Unterkommission in Deutschland eintreffen, um die Durchführung dieser Maßnahmen zu überwachen. Ueber die Einfuhr von Büchern, Flugschriften, Broschüren und ähnlichen Drucksachen in das besetzte linksrheinische Gebiet ließ der Verband u. a. folgendes bekanntgeben: Die gegenwärtig im Schulunterricht benutzten Bücher können ohne Sondererlaubnis eingeführt werden, dagegen sind Neuauflagen der Zensur vorzulegen. Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, bereits im Gebrauch befindliche Bücher zu verbieten und einzuziehen. Die deutsche Kommission ersuchte die Alliierten, ausgedienten aktiven Unteroffizieren, die sich um Stellen im Zivildienst bemühen, die Einreise in das besetzte Gebiet zu erleichtern. Deutscherseits wurde nochmals auf den Schmuggel mit deutschen Banknoten von Holland nach Belgien hingewiesen. Die deutsche Kommission protestierte neuerdings gegen die Verhaftung von deutschen Staatsangehörigen, die im Besitze von rechtmäßig erworbenen beschlagnahmten französischen und belgischen Maschinen sind. Sie verlangte nochmals die sofortige Freigabe der Verhafteten. Auf die deutsche Bitte, die früheren Gefangenenlager in Rastatt, Darmstatt, Limburg, Mannheim von den Besatzungstruppen räumen zu lassen, ließ Marschall Foch erklären, daß diese Lager besetzt blieben, um darin nötigenfalls Elsaß-Lothringer aus Gesundheitsrücksichten unterbringen zu können.

* * *

WTB. Paris, 6. Febr. Der „Petit Parisien“ setzt die Argumente, die Bratianu vor der interalliierten Konferenz hinsichtlich der Forderungen Rumäniens geltend gemacht hat, ausführlich auseinander. Er erinnert daran, daß Bessarabien bis zum Jahre 1878 zu Rumänien gehörte. Damals forderte sein russischer Verbündeter dessen Abtretung gegen die Nord-Dobrudscha. Bratianu versicherte, die Bevölkerung Bessarabiens hätte ihren Willen bekundet, zu dem moldau-wallachischen Staate zu gehören. Die Ukraine, die dagegen protestierte, erklärte sich schließlich damit einverstanden. Rumänien fordere außerdem die Herrschaft über die Nord-Dobrudscha, die ihm Bulgarien 1913 abtreten mußte. Uebrigens erkennt der zwischen der Entente und Bulgarien abgeschlossene Waffenstillstand das Prinzip der Souveränität Rumäniens über diese von französischen und englischen Abteilungen besetzten Gebiete an. Bratianu forderte dann noch einige Grenzberichtigungen gegen Süden in der Weise, daß man den Bulgaren einige Distrikte überlassen soll, wo die Türken in der Mehrheit sind.

Sonstige Meldungen.

WTB. Berlin, 6. Febr. (Gegen die Loslösungsbestrebungen im Rheinland.) Wie die Internationale Korrespondenz meldet, ist von Seiten der Deutschen Volkspartei nachstehendes Protesttelegramm an die Regierung gerichtet worden: Nach den Mitteilungen, die uns aus Westdeutschland zugehen, ist dort anscheinend schon vor der Einberufung der deutschen Nationalversammlung die Ausrufung der westdeutschen Republik geplant. Wir sind überzeugt, daß diejenigen, welche eine Lostrennung der Provinzen Rheinland und Westfalen anscheinend unter Einbeziehung noch weiterer Gebietsteile von Preußen erstreben, in keiner Weise berechtigt sind, im Namen der Mehrheit der dortigen Bevölkerung zu sprechen, und wir erheben weiterhin entschiedensten Protest dagegen, Einzelstaaten, welche allein berechtigt sind, über die künftige Gliederung des Reiches zu entscheiden, durch den Ueberrumpelungsversuch einzelner Gruppen in den preußischen Landesteilen vor eine vollendete Tatsache gestellt werden sollen. Wir richten an Sie die Bitte, auch seitens der Volksbeauftragten mit aller Entschiedenheit dagegen Stellung zu nehmen, daß irgendwie der Standpunkt geändert wird, und daß lediglich den verfassunggebenden Körperschaften die Entscheidung über diese Frage zusteht.

Die Lage im deutschen Osten.

WTB. Berlin, 6. Febr. Minister Hirsch äußerte sich über die Eindrücke, die er auf seiner Reise durch die bedrohte Ostmark gewonnen hat, folgendermaßen: Auf meiner Reise durch die bedrohte Ostmark habe ich durchweg den Eindruck gehabt, daß die Maßnahmen der Regierung in der bedrohten Ostmark bei der Bevölkerung großes Entgegenkommen finden. Die Bevölkerung schließt sich den Maßnahmen der Regierung durchweg mit Entschiedenheit an und erblickt in ihnen die Gewähr für die Sicherheit gegen die polnische Gefahr. Die Bildung von freiwilligen Truppenverbänden schreitet überall fort, sodaß der Regierung in kurzer Zeit die Truppenmacht zur Verfügung stehen wird, die sie zur wirksamen Bekämpfung der polnischen Gefahr braucht. Aus der ganzen Lage kann ich den Schluß ziehen, daß wir in kurzer Zeit der polnischen Gefahr Herr werden. Die Soldatenräte, von denen allerdings einzelne in ihrer Haltung schwankend sind, haben sich bereit erklärt, sich den Maßnahmen, die die Regierung getroffen hat, zu unterwerfen. So herrscht im allgemeinen der Eindruck vor, daß die polnische Gefahr in ihrer schlimmsten Phase überwunden ist.

Arbeiterbewegung.

WTB. London, 6. Febr. Reuter. Der Streik in London greift auf die Eisenbahn über. Am frühen Morgen konnten die Züge der Südwestbahn nicht vom Waterloo-Bahnhof abfahren, weil die Lokomotivführer fehlten. Auch der Güterverkehr stockt.

Das Saargebiet.

Berlin, 6. Febr. (Privatmeldung.) Die Angliederung des Saarreviers an Frankreich wird vorwiegend damit begründet, daß das Saarrevier bis zum Jahre 1814—15 zu Frankreich gehört habe und von Preußen widerrechtlich annektiert sei, daß es also nur die Wiedergutmachung eines alten Unrechtes bedeutet, wenn das Gebiet wieder an Frankreich zurückkäme. Verschwiegen wird dabei aber, daß es sich hier um ein Gebiet handelt, das in tausendjähriger Geschichte zu Deutschland gehört hat und 400 Jahre davon den deutschen Fürsten von Nassau-Saarbrücken gehörte, bis es im Jahre 1792 von den Truppen der französischen Revolution annektiert und zu Frankreich geschlagen wurde. Die Bevölkerung des Gebietes hat während dieser 23 Jahre nie aufgehört, deutsch zu denken und ihre deutsche Sprache und Gesinnung offen zu bekennen. Die Befreiungskriege gaben die Möglichkeit zur Wiederangliederung an Deutschland. Damals haben 400 angesehene Bürger der Städte Saarbrücken und St. Johann auf dem Rathaus zu Saarbrücken offen den Schwur abgelegt, mit allen Mitteln die Wiederloslösung von Frankreich zu betreiben. Sie haben Wort gehalten. Durch eigene Abgesandte ist es ihnen unter Beihilfe von Hardenberg, Blücher und dem Kaiser Alexander von Rußland gelungen, die Wiedervereinigung mit Preußen durchzusetzen.

Regierungskrise in Baden?

oc. Karlsruhe, 6. Febr. Zu dem vom „Bad. Beobachter“ angekündigten unmöglichen Ausscheiden der beiden Zentrumsmitglieder der badischen vorläufigen Volksregierung, der Minister Trunk und Dr. Wirth, und einer dadurch hervorgerufenen Regierungskrise schreibt der badische Staatsanzeiger, die „Karlsruher Zeitung“, in ihrem Leitartikel u. a. folgendes: „Wir dürfen nicht verkennen, daß auch das Zentrum in seiner erdrückenden Mehrheit gewillt ist, ehrliche demokratische Politik zu treiben und daß die vorläufige Volksregierung in Baden, die von Sozialdemokraten, Zentrumsleuten und Demokraten gebildet wird, bis jetzt in erfreulich einmütiger Weise zum Besten des Landes gearbeitet hat. Was die Lage bei uns in Baden betrifft, so wäre es sicherlich zu bedauern, wenn es tatsächlich zu einer Regierungskrisis käme. Die Hoffnung, daß es möglich sein wird, eine solche hintanzuhalten, darf jedoch nicht von der Hand gewiesen werden. Ja, wir haben Grund zu der Annahme, daß die Krisis einstweilen behoben ist und zwar schon mit Rücksicht auf die Tatsache, daß mehrere Mitglieder der Regierung in Weimar weilen und im Augenblicke an derart bedeutenden Entscheidungen, wie sie eine faktisch vorhandene Regierungskrisis verlangen würde, nicht teilnehmen können.

Das Schulwesen in der badischen Verfassung.

oc. Karlsruhe, 6. Febr. Der Verfassungsausschuß der bad. Nationalversammlung beschloß in seiner gestrigen Sitzung, die Besprechung über die Patronatsfrage (zu § 18 gehörend) bis auf weiteres von der Tagesordnung abzusetzen, da diese Angelegenheit nicht einfach und klar gelagert, sondern höchst verwickelt sei.

Sodann wendet sich der Ausschuß dem sehr wichtigen § 19, der die Schulfrage behandelt, zu. Absatz 1 dieses Paragraphen, der lautet: „Die Schule untersteht den Gesetzen und der Aufsicht des Staates“ findet keine Beanstandung.

Der Absatz 2, welcher die Stellung des Religionsunterrichts in der Schule betrifft, führt zu einer lebhaften Aussprache. Von sozialdemokratischer Seite wird dazu erklärt, Religion solle künftig kein Pflichtfach mehr sein um der reinlichen Scheidung zwischen Staat und Kirche willen. Demgegenüber wird von den Rednern der anderen Parteien die Forderung aufgestellt: „Religion ist Pflichtfach“. Ein demokratischer Redner weist darauf hin, daß jetzt nach dem Krieg der Staat ein großes Interesse daran habe, das Volk, alt wie jung, wieder auf eine höhere sittliche Stufe zu führen durch starke Betonung der Religion.

Gegenüber der Fassung des Entwurfs, daß „kein Lehrer wider seinen Willen zur Erteilung des Religionsunterrichts und kein Schüler wider den Willen seiner Eltern usw. zum Besuch des Religionsunterrichts gezwungen werden darf“, gibt zu Bedenken Anlaß. Von sozialdemokratischer Seite wird darauf hingewiesen, daß bisher der Volksschulunterricht zu wenig kulturelle Erziehung war. Die Aussprache kam noch nicht zu einem spruchreifen Ergebnis. — Am Donnerstag nachmittag wird die Aussprache fortgesetzt.

Die Forderung nach der ungeteilten Arbeitszeit.

oc. Karlsruhe, 6. Febr. Die seit Jahren von den Beamten-Fachvereinen vertretene Forderung auf Einführung der durchgehenden Arbeitszeit bildete vorgestern abend den Gegenstand einer mehrstündigen Aussprache in einer Versammlung im großen Festhallesaal, zu der sich gegen 1500 Reichs-, Staats-, Gemeindebeamte und Privatangestellte eingefunden hatten. Zunächst beleuchtete Geh. Rat Professor Dr. v. Oechelhäuser die Frage vom sozialen Standpunkt aus, sodann Dr. med. Paul vom ärztlichen Standpunkt, während Direktor Rimmig von der Karlsruher Lebensversicherung die Vorteile darlegte, welche man mit der ungeteilten Arbeitszeit in der Karlsruher Lebensversicherungsanstalt erzielt hat. Als vierter Redner sprach Professor Dr. Hellpach über die Ernährungsfrage und die Steigerung der Leistungsfähigkeit durch die ungeteilte Arbeitszeit, die er als einen großen Fortschritt bezeichnete.

Betont wurde vor allem auch, daß die ungeteilte Arbeitszeit nicht nur in den Büros der Beamtenschaft, sondern auch in allen Schulen, wie überhaupt im gesamten öffentlichen Leben zur Einführung kommen soll. — In der sich an die Vorträge anschließenden Aussprache traten zwei Redner, ein Schulmann und ein Beamter, für die Beibehaltung des jetzigen Systems ein. Demgegenüber wies Professor Hellpach darauf hin, daß die englischen und amerikanischen Soldaten deshalb so gesundheitlich gefestigt seien, weil man dort schon längst die ungeteilte Arbeitszeit habe. — Finanzminister Dr. Wirth erklärte, die vorläufige Volksregierung sei durchaus mit der ungeteilten Arbeitszeit einverstanden, diese sei aber bis jetzt deshalb nicht eingeführt worden, weil in manchen Kreisen noch immer große Bedenken dagegen beständen. Wenn die gesamten Fachvereine Klarheit geschaffen hätten und einstimmig dafür seien, würde die ungeteilte Arbeitszeit kommen. Daraufhin wurde mit allen gegen vier Stimmen eine Entschließung angenommen, in der die sofortige Einführung der ungeteilten Arbeitszeit verlangt wird.

Sparsame Verwendung von Sparmetallen.

Durch die Aufhebung der Beschlagnahme der Sparmetalle ist in industriellen Kreisen der Irrtum genährt worden, daß nunmehr nach Abschluß des Waffenstillstandes sämtliche Gegenstände, die vor dem Kriege aus Sparmetall hergestellt wurden, wieder ohne weiteres aus diesem Material hergestellt werden dürfen. Diese Auffassung ist irrig. Nach Artikel 1 der Bekanntmachung der Kriegs-Rohstoffabteilung vom 5. November v. J. dürfen Sparmetalle nur insoweit verwendet werden, als sich Ersatzmetalle nicht verwenden lassen. Maßgebend für diese Anordnung war das Bestreben, dem bei Abschluß des Waffenstillstandes bestehenden außerordentlichen Rohstoff- und Arbeitsmangel zu begegnen. Tatsächlich ist es ja der Industrie während des Krieges gelungen, aus Ersatzmetallen durchaus brauchbare Gegenstände herzustellen. Da zudem die der Industrie zur Verfügung stehenden Mengen aus Sparmetall im Vergleich zu dem außerordentlichen Bedarf nur sehr gering und die Einfuhrmöglichkeiten aus dem Ausland zurzeit nicht zu übersehen sind, lag es im Selbsterhaltungsinteresse der beteiligten Industrien, die Benutzung von Ersatzmaterialien beizubehalten.

Vermischte Nachrichten.

— **Folgen des Kohlenmangels.** Am vergangenen Donnerstag abend kurz vor Geschäftsschluß wurde von der Waffenfabrik Mauser in Oberndorf durch Anschlag bekannt gegeben, daß infolge Kohlenmangels der gesamte Betrieb von Freitag ab bis 9. Februar geschlossen bleibe. Schon in den letzten Tagen wurde über tausend Arbeitern wegen Arbeitsmangels auf 8. Februar gekündigt.

— Die Funker Able und Hallstein von der Garde-Nachrichten-Abteilung in Berlin-Treptow waren zum Sicherheitsdienst nach Wildau bei Königs-Wusterhausen befohlen. Sie übernachteten dort auf dem Bahnhof. Hier faßten sie drei Einbrecher ab, die während des Transports über die Sicherheitswache herfielen, sie totschlugen und darauf entflohen.

— **Barrikaden und Maschinengewehre im Lazarett.** Aus Wien wird berichtet: Im Grinzinger Lazarett sind für 1100 Kranke 800 Pfleger angestellt. Die Kosten der Pflege sind dadurch fast ungeheuerlich. Die Pfleger fordern jedoch, daß ohne Bewilligung des Soldatenrats niemand von ihnen entfernt werde. Um sich gegen eine gewaltsame Entlassung zu schützen, haben sie Maschinengewehre aufgestellt und sich verbarrikadiert.

Aus Baden.

oc. Karlsruhe, 6. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Nach Besetzung des Kehler Brückenkopfes durch die Franzosen liegen nunmehr Appenweier und Offenburg innerhalb der neutralen Zone; die Städte Achern und Oberkirch fallen dagegen nicht in die neutrale Zone.

oc. Pforzheim, 6. Febr. Bei der Station Grunbach-Salmbach wollten die Ehefrau des Krankenkassen-Verwalters Olbrich und ihre 25jährige Tochter die Nagold auf einem Balken überschreiten. Beide stürzten ins Wasser; während die Mutter sich retten konnte, ist die Tochter ertrunken.

oc. Heidelberg, 5. Febr. In der letzten Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei Heidelberg wurde mitgeteilt, der Vorstand werde alles einsetzen, um auch in Heidelberg zu einer eigenen Parteipresse zu gelangen.

oc. Mannheim, 6. Febr. Die hiesige Fleischerinnung hat beschlossen, allen jenen Mitgliedern, die während des Krieges ihre Geschäfte schließen mußten, im Falle der Bedürftigkeit einen unverzinslichen Kredit für drei Jahre in Höhe von 3000 Mark einzuräumen. — Beim Schlittschuhlaufen auf einem Weiher bei Ludwigshafen brachen drei Knaben ein; einer ertrank. — Die Elektrisierung der Nebenbahn Mannheim-Heidelberg soll in diesem Frühjahr in Angriff genommen werden, wobei die Bahnlinie über Friedrichsfeld gelegt wird.

oc. Mannheim, 6. Febr. Die vorläufige Volksregierung hat laut „Staatsanzeiger“ beschlossen, Landgerichtsdirektor Rudolf Schmitt hier seinem Ansuchen entsprechend in den Ruhestand zu versetzen und zu seinem Nachfolger Oberlandesgerichtsrat Dr. Karl Heintze zu ernennen. (Der aus dem Amte scheidende Landgerichtsdirektor Schmitt hatte 1881 seine juristische Laufbahn in Baden begonnen und war zuerst als Amtsrichter in Waldshut, als Oberamtsrichter in Karlsruhe und von 1897 als Landgerichtsrat in Karlsruhe tätig gewesen. Vor acht Jahren erfolgte seine Ernennung zum Landgerichtsdirektor. — Sein Nachfolger Dr. Heintze stammt aus Weinheim, war nach Ablegung seiner juristischen Prüfungen zuerst im Ministerium des Gr. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt und in den späteren Jahren Amtmann in Offenburg und Mannheim, dann Amtsvorstand in Wiesloch, wurde 1906 zum Oberamtsrichter in Mannheim und zwei Jahre darauf zum Landgerichtsrat daselbst ernannt.)

oc. Mannheim, 6. Febr. Der Verband der Zigarrenfabrikanten (Sitz Mannheim) hat mit Rücksicht auf die große Zahl der aus verschiedenen Teilen Süddeutschlands neuerdings beigetretenen Mitglieder seine Namensbezeichnung in „Verband süddeutscher Zigarrenfabrikanten E. V.“ abgeändert.

oc. Hardheim bei Walldürn, 6. Febr. Durch Feuer wurden die Scheunen des Wirts Hallerba, des Schmiedmeisters Seeber und des Landwirts Seuschter zerstört.

oc. Ottenau bei Gernsbach, 6. Febr. In den Eisenwerken Gaggenau stürzte der 58jährige Maurer Jakob Haitz von hier am Kesselhaus ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er daran starb.

oc. Sasbachried bei Bühl, 6. Febr. In einer der letzten Nächte wurden von einer Militärpatrouille zwei Pferdediebe verfolgt. Als diese auf Anruf nicht stehen blieben, gab die Patrouille Schüsse ab, durch welche die Pferde tödlich getroffen wurden. Die Diebe entkamen.

WTB. Offenburg, 5. Febr. Gestern nachmittag besetzten die Franzosen das entfernter gelegene Gebiet, das dem Kehler Brückenkopf vorgelagert ist, nachdem sie in der letzten Woche bereits Kehl selbst und die nähere Umgebung besetzt hatten. Die französischen Patrouillen stehen nunmehr am Rande des Appenweier Waldes, nur noch wenige Meter von der Hauptstraße Offenburg-Appenweier entfernt. Kavallerieposten durchstreifen Wiesen und Felder. In Kehl hat der Stab des Kommandeurs, Divisionsgeneral Diffiré, im Amtsgerichtsgebäude, von dessen Giebel die Trikolore weht, Quartier genommen. Der General hat in der Villa des Hauptmanns Schmidt, der bisher Kommandeur des Kehler Pionier-Ersatzbataillons 14 war, Wohnung bezogen. Die übrigen sehr zahlreichen Offiziere sind in Bürgerquartieren untergebracht. Die Mannschaften haben größtenteils in der Pionierkaserne und teilweise auch in Bürgerquartieren Unterkunft gefunden. Der Verkehr auf der Straße erstreckt sich von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends. Wer einen Ausweis des französischen Kommandeurs besitzt, kann sich ungehindert im ganzen Sperrgebiet bewegen. Die Wirtshäuser sind geöffnet, während die Hotels geschlossen werden mußten. Die Hotels müssen auf Anordnung des Kommandeurs einer Desinfektion unterzogen werden. Grußpflicht für die Bürgerschaft gegenüber den französischen Offizieren ist nicht eingeführt; dagegen verlangt ein Anschlag des Gouverneurs General Hirschauer, daß die Bevölkerung den Offizieren mit Achtung zu begegnen habe. Der Briefverkehr ist streng untersagt. Ein Arbeiter, der einen Brief durchzuschmuggeln versuchte, erhielt dafür drei Monate Gefängnis.

WTB. Offenburg, 5. Febr. Heute nachmittag traf ein Zug mit 950 Flüchtlingen, die von der französischen Militärbehörde aus Straßburg ausgewiesen worden sind, hier ein. Der Anblick dieser unglücklichen Menschen — man sah Greise, Männer, Frauen und Kinder jeden Alters — war ein tieftrauriger. Gebrochen an Leib und Seele wanderten die Gestalten mit ihrem wenigen Gepäck nach den ihnen von der hiesigen Flüchtlingskommission zugewiesenen Quartieren in der Infanteriekaserne und im Kloster, wo die Unbemittelten Unterkunft fanden, während andere in Hotels und Privatquartieren aufgenommen wurden. Die Ausgewiesenen beklagen sich bitter über das Verhalten der französischen Behörden und über die Rücksichtslosigkeit, mit der diese bei der vorgenommenen Leibesuntersuchung vorgegangen sind. Zum ersten Male wurden den Flüchtlingen auch die Lebensmittel in geringerer Menge abgenommen und die Leute damit der bittersten Not preisgegeben. Ein Mann kam bei dieser Gelegenheit auch um seine ganzen Ersparnisse in Höhe von 3000 Mark in Gold, die er bei sich trug. Die hiesigen Wohltätigkeitsvereine nahmen sich der Armen in tätigster Weise an.

oc. Lahr, 6. Febr. Wie die „Lahrer Ztg.“ berichtet, ist in Altenheim durch Anschlag bekannt gegeben worden, daß die Franzosen im Laufe des Dienstag den Ort besetzen würden. Die Besetzung wurde von 500 Mann vorgenommen. Auch Goldscheuer und Marlen erhalten französische Besetzung.

oc. Lahr, 6. Febr. Bei Schutterwald wurde der Oberjäger Fuchs von vier Wilderern durch Gewehrschüsse schwer verletzt. Die Täter trugen Infanteriegewehre.

oc. Ueberauchen bei Villingen, 6. Febr. Durch Feuer wurde das Doppelwohn- und Oekonomiegebäude des Schuhmachers Hirt und des Schmieds Gietz völlig zerstört. Nur der Viehbestand konnte gerettet werden.

oc. Konstanz, 6. Febr. Die Diebstähle nehmen hier in beunruhigender Weise zu. Fast kein Tag vergeht, an welchem nicht große Diebstähle verübt werden. So sind letzter Tage in der hiesigen Austauschstation etwa 400 Decken und aus einer Baracke ist die gesamte Bettwäsche entwendet worden.

oc. Konstanz, 6. Febr. Wie die „Konst. Ztg.“ berichtet, ist das Mitglied der badischen Nationalversammlung und Volksrat Karl Großhans gegen Stellung einer Kaution von 5000 Fr. auf freien Fuß gesetzt worden. Volksrat Großhans beabsichtigt dem genannten Blatt zufolge in aller Oeffentlichkeit über seine Angelegenheit Rechenschaft abzulegen. — Am schweizerischen Bahnhof Emmishofen wurde ein Zugführer der schweizerisch. Bundesbahnen beim Ausfuhrschmuggel ertappt. Der seit über 20 Jahren im Bahndienst stehende Beamte versuchte, mehrere Kilogramm Schokolade über die Grenze zu schmuggeln.

oc. Konstanz, 6. Febr. Zur Schmuggleraffäre an der Schweizer Grenze und seiner (inzwischen nach Stellung einer Kaution wieder aufgehobenen) Verhaftung teilt das Mitglied der badischen Nationalversammlung Karl Großhans im „Volksfreund“ mit, daß er den in Frage kommenden Uhrenschmuggel weder vorbereitet habe, noch an dem Schmuggel selbst beteiligt ist. Alle an seine Inhaftierung geknüpften Kombinationen seien damit hinfällig. Im übrigen werde er sich bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit jeder politischen Tätigkeit enthalten.

oc. Meersburg, 6. Febr. Bürgermeister Hämmerle hat laut „Konst. Zeitung“ sein Amt ohne Angabe von Gründen niedergelegt.

Aus dem Breisgau und Umgebung.

* Emmendingen, 6. Febr. Wer aus den trüben Wassern der Wahlkämpfe, von den niederdrückenden Ausblicken auf die traurige Gegenwart und die dunkle Zukunft Deutschlands sich hinwegsehnt in ein Reich, das Herz und Gemüt Erquickung bietet und uns innere Kraft und Aufrichtung verspricht, den laden wir zum Besuche des Konzertes ein, das in der evangelischen Stadtkirche am nächsten Sonntag abends halb 5 Uhr Herr Musikdirektor Pfaff-Freiburg unter Mitwirkung seiner sangeskundigen Gattin und des Herrn Dr. Gustav Mohr-Freiburg als Solist (Cello) zu geben gedenkt. Den Orgelpart hat der uns rühmlichst bekannte Orgelsolist Herr Musiklehrer Schieck gütigst übernommen. Er wird auch die beiden Gesänge dirigieren, welche der evangelische Kirchenchor vorzutragen gedenkt. Zuerst ein von Schlosser übersetztes lateinisches Kirchenlied aus dem 6. Jahrhundert nach der modernen Komposition von dem Heidelberger Generalmusikdirektor Prof. Dr. Wolfrum: „Seht, wie die mächtigen Schwingen sinken“, sodann einen Satz aus Haydns C-dur-Messe: „Qui tollis“ für Baritonsolo, obligates Violoncello, gemischten Chor und Orgel. Dieses, den Schluß des Konzerts bildende, groß aufgebaute, in das innerste Heiligtum der christlichen Religion und des Menschenherzens führende Stück dürfte besonderem Interesse begegnen. Das übrige Programm, obwohl nicht organisch gegliedert, kommt doch dem jetzigen Bedürfnis der Zuhörer glücklich entgegen. Von Feldzugsteilnehmern geschaffen, die als Krieger und Künstler alle Schrecken des Krieges gekostet und zum heimischen Herde zurückkehren durften, läßt es deutlich erkennen, wie diese Männer den Daheimgebliebenen Trauernden und Niedergeschlagenen den Weg zu denselben Quellen des Trostes der Krafterneuerung zeigen möchten, aus denen sie selbst all die Jahre hindurch getrunken haben. Und was sollte sich dazu mehr eignen als Schöpfungen Joh. Sebastian Bachs und seines bedeutendsten Sohnes Friedemann Bach, sowie so innig frommer und gemütstiefer Tondichter wie Haydn und Schubert? Auch ein Stück des als Oratorienkomponist bekannten Musikdirektors Pfaff selbst und ein weiteres eines bewährten badischen Komponisten: Clare Faißt dürfen wir kennen lernen. — Wir sind es den aus dem Felde heimkehrenden Konzertgebern schuldig, daß ein möglichst zahlreicher Besuch ihnen zeigt, wie wertvoll uns ihre künstlerischen Gaben sind, und daß die Förderung ihres Werkes von einer großen, dankbaren Gemeinde getragen wird. — Den Vorverkauf der Karten zu 2 Mk. (Sperrsitz), 1 Mk. und 50 Pfg. haben die beiden Firmen Ommerborn und Reichelt gütigst übernommen.

— **Gültigkeit der Arbeiterwochenkarten.** Mit sofortiger Wirkung gelten die Arbeiterwochenkarten auf den Strecken der badischen Staatseisenbahnen und der badischen Strecke der Main-Neckarbahn bis auf weiteres innerhalb 14 Tagen, den Tag der Abstempelung mitgerechnet, zur Fahrt an sechs Arbeitstagen, die nicht unmittelbar aufeinander folgen müssen. Durch die Nichtbenützung der Karten an Sonn- und Festtagen verlängert sich die 14tägige Gültigkeitsdauer nicht. Die Gültigkeitsverlängerung der an einem Nachmittag gelösten Arbeiterwochenkarten und beim Wechsel der Tag- und Nachtschicht fällt weg.

oc. **Verbot der Pferdeversteigerungen.** Nach Mitteilung des Generalkommandos des 14. A.-K. finden auf Anordnung des Kriegsministeriums bis auf weiteres keine Pferdeversteigerungen bei den Truppenteilen mehr statt. Die Truppen haben vorerst ihren Bestand an Pferden aufzufüllen und sind angewiesen, Pferde, welche sie nicht gebrauchen können, der Landwirtschaftskammer anzubieten.

oc. **Lebensmittelversorgung und Schwerarbeiter.** Mit der Demobilmachung ist der Grund für die Sonderversorgung der Rüstungsarbeiter in Wegfall gekommen. Die Sonderversorgung der Bergarbeiter, der Binnenschiffer und der Schwer- und Schwerstarbeiter bei der Eisenbahn dagegen besteht nach einer Anordnung des Reichsernährungsamtes im bisherigen Umfang zunächst noch weiter. Die bisher als Schwer- und Schwerstarbeiter-Zulagen gegebenen Mehlmengen werden den Kommunalverbänden weiter geliefert werden. Diese Mehlmengen können nach dem Ermessen des Kommunalverbandes verwendet werden zur Erhöhung der allgemeinen Brotration, zu Zulagen für Kinder, Kranke, werdende und stillende Mütter, gegebenenfalls auch für Bildung einer Reserve für Notstände.

Kenzingen, 6. Febr. Am Sonntag hielt die Freiwillige Feuerwehr im Gasthaus zum „Engel“ ihre Generalversammlung ab. Herr Kommandant Scheidel begrüßte die Erschienenen herzlich und gedachte dann der auf dem Schlachtfelde gebliebenen Kameraden. Herr Stadtrechner Kiehnle erstattete den Rechenschaftsbericht, der einen ansehnlichen Kassenbestand aufwies. Zum allgemeinen Bedauern ist der bisherige bewährte Kommandant seiner leidenden Gesundheit wegen genötigt, sein Amt niederzulegen. Auch der seitherige Adjutant, Herr Karl Kaiser, wird zurücktreten. Zum Schlusse dankte Herr Bürgermeister Baptist dem ganzen Korps für das bisherige mustergültige Zusammenstehen zum Wohle der Gemeinde. Die Neuwahlen werden in den nächsten Tagen stattfinden.

⊙ Waldkirch, 4. Febr. Gestern nachmittag wurde die irdische Hülle des leider zu früh verstorbenen Herrn Notars Justizrat Schirrmann zur letzten Ruhe gebettet. Im Leichenzuge bemerkten wir außer den Beamten hiesiger Stadt die Bürgermeister und Ratschreiber des ihm unterstellten Bezirks. Am offenen Grabe sprach Herr Geistl. Rat Dieterle Worte der Anerkennung und des Dankes seinem treugesinnten Nachbar, eine große Anzahl Kränze und Blumen zierten den Grabhügel des edelgesinnten Beamten und Vorgesetzten.

× Waldkirch, 4. Febr. In einer außerordentlichen Versammlung im Gewerbeverein hielt gestern abend Herr Stadtbaumeister Kötter einen Vortrag über „Wohnungsfürsorge, Baugenossenschaften und das Handwerk“ mit besonderer Berücksichtigung hiesiger Verhältnisse. Seine Ausführungen führten zur festen Zuversicht, die Handwerker möchten auch hier an die Gründung einer Baugenossenschaft herantreten.

× Waldkirch, 5. Febr. Nach einer Verfügung des kommandierenden Generals des 14. Armeekorps wird die hier liegende Gebirgsartillerie-Abteilung nach Freiburg verlegt und zwar im Laufe dieses Monats.

† Waldkirch, 6. Febr. Bei großer Beteiligung von nah und fern wurde heute Nachmittag Redakteur Heckmann zu Grabe getragen. Der Verstorbene hatte ein Alter von 59 Jahren erreicht.

+ Waldkirch, 6. Febr. Der Diebesgesellschaft, die in Siensbach und gestern auch in Sexau ihr Unwesen trieb, ist man auf die Spur gekommen. Die Gendarmerie verhaftete dieselbe heute nachmittag. Man glaubt, daß dieselbe noch mehr Diebstähle auf dem Gewissen hat.

)!(Siegelau, 4. Febr. Die Begrüßung der zurückgekehrten Krieger hiesiger Gemeinde fand am letzten Sonntag im „Bären“ statt. Eine Sammlung von Lebensmitteln im Dorf lieferten den Stoff zu einem kleinen Festessen. Die Begrüßung hatte Herr Gemeinderat Nopper übernommen, während Herr Pfarrer Bernauer die eigentliche Festrede hielt, der überstandenen Leiden, der Gefallenen und Gefangenen gedachte. Musikstücke, Gedichte und Lieder wechselten in schöner Aufeinanderfolge.

):(Elzach, 4. Febr. Statt eine offizielle Begrüßungsfeier zu veranstalten, ließ die hiesige Stadtgemeinde jedem Kriegsteilnehmer ein Geschenk von 10 Mark übermitteln.

Handel und Verkehr.

Schweinemarkt Emmendingen am 6. Februar. Zufuhr: 68 Milchschweine. Preis für ein Milchschwein unter 6 Wochen 150—170 Mark, für ein Milchschwein über 6 Wochen 200—215 Mark. Der Verkehr war sehr lebhaft und wurde der Markt rasch geräumt.

Todesfälle aus dem Breisgau und Umgebung.

Stahlhof, 5. Febr. Amalie Schill im 40. Lebensjahr.

Druck und Verlag der Druck- u. Verlagsgesellschaft vorm. Dölter in Emmendingen. Geschäftsinhaber A. Epting u. Wilh. Landt. Verantwortlicher Redakteur: Otto Teichmann, Emmendingen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nr. 57.

Unsere Geschäftsräume bleiben künftig an den Samstag Nachmittagen für das Publikum geschlossen. Nur in ganz dringenden, unaufschieblichen Angelegenheiten kann am Samstag Nachmittag vorgesprochen werden.

Das Publikum wird gebeten, dies genau zu beachten.

Emmendingen, den 3. Februar 1919.

Bad. Bezirksamt.

Nr. 59.

Verkehr mit Schlachtpferden und Pferdepfleisch betr.

Auf Grund des § 1 der Verordnung vom 4. Juli 1918 betr. den Verkehr mit Schlachtpferden und Pferdefleisch (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 176) wurden dem städtischen Lebensmittelamt, dem Georg Jakob Zipse in Emmendingen, Lammstr. 21 und dem Rudolf Waltensperger in Emmendingen, Elzstr. 12, Genehmigung zum Betrieb des Pferdemetzgergewerbes in Emmendingen erteilt.

Emmendingen, den 5. Februar 1919.

Bad. Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Fleischversorgung betr.

Fleisch wird in dieser Woche 150 gr. (15 gr. auf den Abschnitt der Fleischkarte) auf den Kopf der Bevölkerung abgegeben. 53

Emmendingen, den 6. Februar 1919.

Städt. Lebensmittelamt.

Oeffentliche Danksagung.

Unser Ehrenbürger Herr Geistlicher Rat Stadtpfarrer Hermann Sachs hat dem Bürgermeister

Mk. 500

zur Verfügung gestellt mit der Bestimmung, diesen Betrag an arme und bedürftige Familien hiesiger Stadt ohne Unterschied der Konfession zur Verteilung zu bringen.

Wir sprechen dem edlen Spender für die reiche Gabe, welche demnächst mit andern Spenden verteilt wird, im Namen der Stadtgemeinde und Namens der Bedachten den innigsten Dank aus.

Emmendingen, den 6. Februar 1919.

Der Gemeinderat:

Rehm.

Bekanntmachung.

Die von der Bezirkskohlenstelle genehmigten Kohlenbezugsscheine für Gewerbebetriebe, für Zimmermieter und Schlafgänger sowie für außergewöhnlichen Bedarf für den Monat Februar 1919 können

Samstag, den 8. Februar 1919

auf dem Polizeibüro abgeholt werden.

Emmendingen, den 6. Februar 1919.

Ortskohlenstelle Emmendingen.

Die Gemeinde **Malterdingen** sucht einen schönen sprungfähigen

Farren.

Angebote sind an das Bürgermeisteramt zu richten.

Breisgauer Familien-Kalender 1919

mit zahlreichen Bildern und Erzählungen von den Kriegsschauplätzen.

Preis für die Abonnenten der „Breisg. Nachr.“

Nur 30 Pfg.

Zu haben in der Geschäfts-Stelle der Breisgauer Nachrichten bei unseren Agenturen und in sämtlichen Buch- und Schreibwarenhandlungen.

Wilde Lohnforderungen und Wilde Streiks!

Folge:

1. Geldentwertung
2. Höhere Lebensmittelpreise
3. Kein Auslandskredit
4. Keine Rohstoff- und Nahrungszufuhr

Letzte Folge:

Arbeitslosigkeit und Hunger.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, dass mein lieber guter Mann, unser unvergessliche Vater, Schwiegervater, Schwager, Onkel und Grossvater

Abraham Goldschmidt

nach langem, schwerem Leiden, im Alter von 67 Jahren, heute nachm. 2 Uhr durch einen sanften Tod erlöst wurde.

Emmendingen, Freiburg, Hamburg, Barcelona (Spanien), den 6. Februar 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhaus Karl Friedrichstrasse 21 aus statt. 767

Gasthof „Drei Könige“ Emmendingen.

Samstag, den 8. Februar 1919

großes Künstler-Konzert.

Anfang 7,30 Uhr — Ende 11 Uhr. Eintritt 50 Pfg.

Empfehle noch reichhaltige Küche und ff gepflegte Weine und Biere. 779

Um zahlreichen Besuch bittet

Hochachtungsvoll

Ludwig Kittel.

Zum

Tanzvergnügen

des Ers.-Ball. 169 haben nur geladene Gäste Zutritt.

762 Die Veranstalter.

Lohnfuhren

übernimmt zu mäßigen Bedingungen 769

Greifenbrauerei, Emmendingen.

Gartenbesitzer! Landwirte! Gärtner!

deckt euern Bedarf an Samen umgehend, da viele Samen knapp sind.

Gemüse- und Feldsämereien aller Art, Saaterbsen, Saatbohnen, Runkelrüben-, Halbzuckerrüben-, Zuckerrüben-, Wikken- und Grassamen offeriert 654

Ludwig Sauter

Samenhandlung u. Gärtnerei, Emmendingen am Bahnhof.

Wer ein gutes Hausgetränk sich herstellen will, der verwende — die seit Jahren bekannten —

Rufs Heidelbeeren mit Zutaten

in Paketen zu je 100 Liter zu 31.— Mk. oder

Ruf's Kunstmostansatz = = mit Heidelbeerzusatz

und mit Süßstoff die Flasche zu 100 Ltr. zu Mk. 15.—

— Viele Anerkennungen. —

Robert Ruf, Heidelbeer-Versandhaus, **Ettlingen.**

Neunstetten, 28. Oktober 1918.

Die von Ihnen bezogenen Heidelbeeren mit Zutaten zu 100 Liter ergaben ein ausgezeichnetes, erfrischendes Getränk. Mein Nachbar zc. — ersucht, 2 Pakete Heidelbeeren, getrocknete, nebst Zutaten zusenden zu lassen.

K. Schw.

Neuenstein, 7. Oktober 1918.

Durch meinen von Ihnen bezogenen Kunstmostextrakt erlaube ich mir, Ihnen meine volle Anerkennung mitzuteilen. gez. Fr. Jakob.

Wo keine Verkaufsstellen, Versand ab Ettlingen.

Ein neues Kleid

für schlanke Figur, für 14—16 jähriges Mädchen ist zu verkaufen

Wo sagt die Geschäftsstelle der Breisg. Nachr. 775

Ein noch bereits neuer

Hochzeitsanzug

wird zu kaufen gesucht.

Von wem sagt die Geschäftsstelle der Breisg. Nachr. 768

Verloren.

1 brauner Kinderhandschuh. Bitte abzugeben Talstr. 7 a

Stelle meinen erstklassigen 773

Kl. Wiener Rammler

zum Decken frei.

W. Toussaint,

Kirchstr. 2, Emmendingen.

Schutz vor **Bettnässen**

Garant. unschädlich. Näheres unentgeltlich. Sanitas A., Fürth i. Bay. Flössaustrasse 28.

Freundliche 781

Wohnung

2 Zimmer und Zubehör auf 1. März zu vermieten.

Zu erfragen in der Gesch. der Breisg. Nachr.

Möblierte

Wohnung

3—4 Zimmer, eventl. mit Küche und Zubehör sofort zu mieten gesucht.

Angebote unter Nr. 772 an die Geschäftsstelle der Breisg. Nachr.

Wohnung

von 4 Zimmern oder 3 Zimmer mit Mansarde und sonstigem Zubehör auf 1. April gesucht.

Angebote erbeten an

Redakteur Teichmann, Emmendingen.

Drei den besseren Ständen angehörige

Soldaten suchen

gegen Vergütung

Quartiere

(ohne Verköstigung) entweder in einem Hause oder nicht weit von einander.

Bitte bald Angebote unter S. G. R. Nr. 778 an d. G. d. Br. Nachr.

Zu verkaufen:

Neue eichene Zimmereinrichtung bestehend aus 766

1 Büffet

1 Vertikov

1 Schreibtisch

1 Sophaumbau

1 Tisch

4 Sessel

Die Möbel werden evtl. auch einzeln abgegeben. Zu erfragen Hebelstr. 5, Seitenbau 1 Stock.

200 Zentner 774

Dickrüben

sucht zu kaufen

Max Goldschmidt, Viehhändler, Emmendingen.

Hauben-Haar-Netze.

Groß und klein in allen Farben. Spangen u. Haarstecker empfiehlt 48

H. Legler,

Herren- und Damenfriseur, Emmendingen, Markgrafenstr.

Stückkalk

kann von Samstag ab abgeholt werden.

Ziegelei Zipfel Emmendingen. 771

Heiratsgesuch.

Ein Witwer anfangs der 40er Jahre mit 2 erwachsenen Söhnen, großer Landwirtschaft und einigen 1000.— Mk. Vermögen sucht sich mit einem Fräulein im Alter von 30 bis 40 Jahren mit etwas Vermögen od. Witwe ohne Kinder zu verehlichen.

Angeb. unter Nr. 677 an die Breisg. Nachr.

Haushälterin-Gesuch.

Suche auf sofort eine selbständige ehrliche Haushälterin, die die Landwirtschaft gut versteht. 682

Zu erfragen in d. Geschäftstelle der Breisg. Nachr.

Braves, fleißiges 696

Mädchen

das schon gedient hat, auf 1. März gesucht.

Frau A. Theilaker, Bergerstr. 6, Emmdingen.

Ordentliches 776

Mädchen

welches schon gedient hat, auf 1. März gesucht von

Frau C. Lutz, Emmendingen.

Selbständiger

Blechner und Installateur

für dauernde Arbeit gesucht.

Auch kann ein Junge in die Lehre treten bei

Josef Selz

Blechnerei und Installation Emmendingen. 765

Tüchtiger

Feuerschmied

und

2 Möbelschreiner

finden dauernde Beschäftigung bei H. & M. Mack, Wagenfabrik Waldkirch (Brsg.)

Lehrstelle gesucht.

Ein Junge, Waise, 17 Jahre alt, der Lust hat, das Schuhmacherhandwerk zu erlernen, sucht Stelle, womöglich auf dem Land.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes. 700

Eine ältere 748

Kuh

noch 7 Ltr. Milch gebend, sowie ein schönes Stierkalb zu verkaufen

Hans Nr. 59, Teningen

Eine gute 748

Nutzkuh

36 Wochen trächtig, hat zu verkaufen

Georg Glinzig Ww. in Mundingen.

Eine große trächtige 770

Kuh

nahe am Ziel (3 Kalb) ist zu verkaufen

Zu erfragen in der Geschäftsst. des Blattes.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 3.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 8 Mk. Teuerungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Beilagen.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 33 (Evang: Salomon) Emmendingen, Samstag, 8. Februar 1919. (Kath: Joh. v. Math.) 54. Jahrgang

Die Nationalversammlung in Weimar.

WTB. **Weimar**, 7. Febr. Um 3 Uhr 15 eröffnete Alterspräsident Pfannkuch die Sitzung. Zunächst gelangte eine größere Anzahl von Begrüßungstelegrammen und Adressen an die deutsche Nationalversammlung zur Verlesung, die aus allen Teilen Deutschlands und Oesterreichs eingegangen waren.

Sodann wurde die Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung geschritten. Von den abgegebenen 399 Stimmen entfielen 374 auf den Mehrheitssozialisten David, 3 Stimmen waren zersplittert, 22 Zettel unbeschrieben. (Zuruf: Aha, die Unabhängigen.)

Dr. David nahm die Wahl dankend an und erklärte in einer Ansprache: Ich werde mein schweres und verantwortungsvolles Amt gerecht und unparteiisch verwalten. Gewaltige Aufgaben harren unser. Der Krieg und die Revolution haben das alte Regierungssystem zermürbt und zertrümmert. Der alte Bau ist zusammengebrochen. Wir wollen einen neuen errichten an Stelle des früheren, auf Vorrechte einzelner aufgebauten Systeme, einen auf völliger staatsbürgerlicher Gleichberechtigung beruhenden demokratischen Staat. (Lebhaftes Bravo.) Lassen Sie uns alle bestrebt sein, mit unserer Arbeit den Beweis zu erbringen, daß Deutschland ein für die Demokratie reifes Land ist. Hart werden die Meinungen aufeinanderplatzen, aber nie wollen wir vergessen, daß die Augen der Millionen, die uns hierher gesandt haben, ja, die Augen der ganzen Welt auf uns gerichtet sind. Seien wir uns auch dessen wohl bewußt, nicht Worte erwartet man von uns, sondern Taten. (Lebhafte Zustimmung.) Neben der großen Aufgabe des Verfassungsneubaues sollen und müssen wir die noch schwierigen Aufgaben des wirtschaftlichen Wiederaufbaues in Angriff nehmen. Ein neues höheres Gesellschaftsideal lebt in den Massen des werktätigen Volkes. Nur durch Lösung dieses Problems kann der dauernde Frieden im Innern unseres Volkes errichtet werden. Demokratie und Sozialismus müssen gerecht vereinigt werden, um das deutsche Gemeinschaftsgefühl zum deutschen Lande und zum deutschen Volke mächtig erstarken zu lassen. Zum deutschen Lande und zum deutschen Volke gehört auch Elsaß-Lothringen. Wir senden dem elsaß-lothringischen Volke unseren Gruß und werden nicht aufhören zu fordern, daß auch ihm das Recht der Selbstbestimmung über seine nationale Zugehörigkeit gewährt wird, wie es in den Wilsonschen Grundsätzen ausgesprochen ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Zum deutschen Lande und Volke gehört auch der deutschösterreichische Bruderstaat. Ich gebe mich der Hoffnung hin, die Vertreter Deutschösterreichs in nicht allzuferner Zeit als Kollegen in unserem Hause willkommen heißen zu dürfen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Die Wahl der drei Vizepräsidenten sollte auf Vorschlag des Abg. Gröber (Zentrum) durch Zuruf erfolgen. Da jedoch der unabhängige Sozialist Haase widersprach, so mußte auch diese Wahl durch Zettelabgabe erfolgen.

Das Ergebnis war folgendes: 1. Vizepräsident Fehrenbach (Z.), gewählt mit 374 Stimmen, 2. Vizepräsident Haußmann (Demokrat), gewählt mit der gleichen Stimmenzahl, 3. Vizepräsident Dietrich (Deutschnat.), gewählt mit 356 Stimmen. Die Gewählten nahmen die Wahl mit Dank an.

Darauf erfolgte durch Zettelwahl die Wahl der acht Schriftleiter. Das Ergebnis soll nach der Sitzung festgestellt werden.

Nächste Sitzung, Samstag 3 Uhr nachm. Tagesordnung: Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Schluß ½6 Uhr.

* * *

WTB. **Weimar**, 7. Febr. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, ist die Blättermeldung, daß die Zentrumspartei beschlossen habe, in die Regierung einzutreten, in dieser Form nicht zutreffend. Es wurde lediglich beschlossen, wegen eines eventuellen Eintretens in die Regierung mit den anderen Fraktionen Fühlung zu nehmen. Die Frage der Zulassung der elsaß-lothringischen Vertreter in die Nationalversammlung ist noch nicht endgültig geregelt, er schweben hierüber noch Verhandlungen, da gewisse Bedenken gegen ihre Zulassung bestehen. Jedenfalls werden aber die Vertreter Elsaß-Lothringens zu den Sitzungen des Hauptausschusses zugezogen werden.

WTB. **Berlin**, 6. Febr. In Weimar werden nach Mitteilung des Reichsernährungsamts besondere Lebensmittelkarten für die Teilnehmer an der Nationalversammlung nicht ausgegeben. Es gelten für die Beteiligten vielmehr die für den allgemeinen Reiseverkehr maßgebenden Vorschriften. Während der Tagung der Nationalversammlung werden nach einer ungefähren Schätzung etwa 1500 Fremde in Weimar dauernden Aufenthalt nehmen müssen. Für die Ernährung dieser Personen sind beizeiten die erforderlichen Vorkehrungen getroffen worden. Der Reichskommissar für Fischversorgung, die Reichsstelle für Gemüse und Obst, die Reichsverteilungsstelle für Nährmittel und Eier sind vom Reichsernährungsamt angewiesen, Weimar mit den von ihnen bewirtschafteten Nahrungsmitteln in einer zur Ernährung der Sitzungsteilnehmer und Regierungs- und Pressevertreter ausreichenden Weise zu beliefern. Die Zuteilung besonderer Lebensmittelkarten erscheint daher nicht notwendig. Die für den Reiseverkehr bestehenden Vorschriften dürften im Zusammenwirken mit den bisher getroffenen Maßnahmen genügen, um eine ausreichende Versorgung zu gewährleisten.

Berlin, 8. Febr. (Privattelegramm.) Die Rede des zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählten Abgeordneten David fesselte, wie es in der Vossischen Zeitung heißt, vom ersten Augenblicke an ungemein. Erfreulich waren die starken nationalen Worte in seiner Rede, und die nationale Begeisterung sprang aus seinen Worten auf die Versammlung über. Insbesondere löste es lauten Beifall aus, als er erklärte, daß Elsaß-Lothringen vorläufig noch deutsches Land sei. Starke Zustimmung erfolgte, als er die Hoffnung kundgab, bald die deutsch-österreichischen Brüder begrüßen zu können.

25 Milliarden neue Reichskredite.

Weimar, 6. Febr. Der Nationalversammlung wird wahrscheinlich bereits heute eine neue große Kreditvorlage zugehen und zwar in Höhe von 25 Milliarden. Um diese Vorlage schnell zu erledigen, ist beabsichtigt, sie en bloc zur Annahme zu bringen. Ebenso schweben Verhandlungen, dem Notgesetz auf dieselbe Art Gesetzeskraft zu verleihen. N. B. L.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. **Berlin**, 6. Febr. Staatssekretär Erzberger führt in Weimar neben der Ausübung seines Abgeordnetenmandats die Geschäfte des Vorsitzenden der Deutschen Waffenstillstandskommission weiter. In Berlin wird er vertreten durch Kapitän zur See Vanselow. Die Leitung des Büros der Waffenstillstandskommission führt Ministerialrat von Stockhammern. Die Auskunftserteilung der Waffenstillstandskommission und der Pressedienst erfolgen während der Abwesenheit des Staatssekretärs nach wie vor nur von Berlin aus.

WTB. **Bremen**, 7. Febr. Bösmanns Telegr.-Büro meldet: Auf der Aktiengesellschaft Weser ist die Arbeit heute wieder vollständig aufgenommen worden. Auf den Atlaswerken war dies bereits gestern gleichfalls der Fall, nur bei den Hansa-Lloydwerken wird auch heute noch nicht gearbeitet. — Die provisorische Regierung hat dem Präsidenten der Bürgerschaft mitgeteilt, daß sie den Wunsch habe, die früheren Deputationen und Behörden bis auf weiteres wiedereinzusetzen, um die Verwaltungsgeschäfte in Fluß zu halten. Der Präsident der Bürgerschaft ersuchte daraufhin die Mitglieder der Bürgerschaft, diesem Wunsche Folge zu geben. Oberst Gerstenberg spricht in einem Tagesbefehl den ihm unterstellten Truppen seinen Dank für die Befreiung Bremens aus.

Zur Besetzung der Reichsämter.

Berlin, 7. Febr. (Privattelegramm.) Ueber die Teilnahme an der Regierung verständigten sich laut Berliner Lokalanzeiger Mehrheitssozialisten und Demokraten endgültig. Auch das Zentrum sei zu diesen Beratungen zusammengetreten, wobei eine vollständige Uebereinstimmung der drei Parteien erzielt worden sei.

Das Zentrum hatte der Vossischen Zeitung zufolge bereits bestimmte Forderungen für die endgültige Verfassung angemeldet, so zum Beispiel, daß die Trennung von Staat und Kirche in der Verfassung ausdrücklich ausgeschlossen werden müsse.

Berlin, 7. Febr. (Privattelegramm.) Nachfolger Davids im Vorstand der sozialdemokratischen Partei wurde Hoch. Wie der Lokalanzeiger erfahren haben will, soll Scheidemann als Reichsministerpräsident oder Reichskanzler genannt werden. Neugeschaffen werden soll das sogenannte Reichsverteidigungsministerium. Zum Leiter sei Noske ausersehen. Für die Besetzung des Reichskolonialamtes kämen Dernburg, Erzberger und Freiherr v. Richthofen in Betracht. Es sei indessen fraglich, ob das Kolonialamt als solches bestehen bleibt. Als sicher kann gelten, daß Graf Brockdorff-Rantzau sein Amt als Reichsminister des Aeußern behalten werde. August Müller als Leiter des Reichswirtschaftsamtes werde diesen Posten verlassen und durch Oberst Köth vom Demobilisierungsamt ersetzt werden.

Zum Waffenstillstand und Friedensschluß.

WTB. **Berlin**, 6. Febr. Aus dem Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission. Die Waffenstillstandskommission ersuchte die Alliierten um Mitteilung, ob mit einer Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum Vorfriedensschluß gerechnet werden könne. Sollten die alliierten Regierungen hierzu nicht bereit sein, so werde gebeten, mit den neuen Verhandlungen nicht später als am 12. Februar zu beginnen.

General Noudant teilte mit, daß die zur Herstellung der landwirtschaftlichen Maschinen notwendigen Rohstoffe vom linksrheinischen nach dem rechtsrheinischen Gebiet ausgeführt werden dürften. Saarkohle könnte die Entente nur im Umfange des luxemburgischen Abkommens nach dem rechten Rheinufer liefern.

General Noudant hatte in einer der früheren Sitzungen gebeten, den in Deutschland befindlichen elsaß-lothringischen Soldaten den Briefverkehr mit ihren Angehörigen in Elsaß-Lothringen zu erleichtern. Die deutsche Kommission teilte heute mit, daß deutscherseits diesem Briefverkehr keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden würden. An Mißständen in der Postbeförderung von und nach Elsaß-Lothringen sei nur die französische Sperre schuld.

Das Verlangen Fochs, die in Südrußland befindlichen elsaß-lothringischen Soldaten vor allen anderen dort stehenden deutschen Truppenteilen zurückzubefördern, war, wie bekannt, deutscherseits abgelehnt worden. General Foch ließ heute mitteilen, er halte seine Forderung aufrecht und drohe, falls ihr nicht Folge gegeben werde, mit zeitweiser Unterbrechung des bewilligten Abtransportes deutscher Truppen aus dem Schwarzmeergebiet.

Die deutsche Kommission ersuchte die Alliierten um Aufklärung, weshalb Zahlungen von dem besetzten Gebiet nach dem unbesetzten Gebiet nicht mehr geleistet werden sollten. Da diese Maßnahme nicht aufgehoben werde, würden sich die Fabriken im unbesetzten Deutschland genötigt sehen, ihre Lieferungen nach dem besetzten Gebiet einzustellen. Gleichzeitig bat die deutsche Kommission, das Verbot der Ausfuhr von Druckpapier aus der neutralen Zone in das übrige unbesetzte Deutschland aufzuheben.

Die Entente wurde deutscherseits ferner gebeten, zur Auszahlung einer deutschen Entschädigung an die spanische Regierung ihre Zustimmung zu geben, die für eine versenkte spanische Fischerbark gezahlt werden muß.

WTB. **Berlin**, 7. Febr. Die Waffenstillstandskommission teilt mit: Zwei Vertreter des Volksbundes zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, dem bereits über 10 Millionen Deutsche angehören, sollte in Spaa Gelegenheit gegeben werden, den Gegnern, die bisher zu keinem Entgegenkommen in der Frage der Heimbeförderung unserer Gefangenen zu bewegen waren, persönlich ihre Wünsche vorzutragen. In einer der letzten Sitzungen der interalliierten Waffenstillstandskommission in Spaa hat General v. Hammerstein — der neue Vorsitzende der deutschen Kommission in Spaa — General Noudant, eine Sitzung der Unterkommission für Kriegsgefangene einzuberufen, um den beiden Gästen zu ermöglichen, der feindlichen Unterkommission die Wünsche der deutschen Bevölkerung vorzutragen. Noudant erklärte sich nur bereit, alle Mitteilungen durch den deutschen Vorsitzenden entgegenzunehmen und weiterzuleiten. Er könne nur wiederholen, daß die Alliierten auf ihrem Standpunkt beharren, die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen erst auf der Friedenskonferenz zu regeln. General Hammerstein erwiderte, dies sei wohl der Rechtsstandpunkt; doch hoffe er, daß aus Menschlichkeitsgründen die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen schon vor Beginn der Friedensverhandlungen erfolgen werde. Noudant erklärte nochmals, er sei bereit, eine erneute Bitte des deutschen Vorsitzenden in dieser Beziehung den verbündeten Regierungen zu übermitteln.

WTB. **Berlin**, 6. Febr. Die deutsche Unterkommission für Kriegsgefangene in Spaa hatte, um das Los unserer kriegsgefangenen Mitbrüder zu erleichtern, wiederholt den Verband ersucht, den deutschen Krankenschwestern, Aerzten und Geistlichen zu gestatten, unsere noch in Feindesland befindlichen Kriegsgefangenen zu besuchen. Den Kriegsgefangenen sollte dadurch Zuspruch und geistlicher Trost zuteil werden. Die feindlichen Delegierten standen dem Gesuch zuerst wohlwollend gegenüber. Als deutscherseits vor kurzem auf die Angelegenheit zurückgegriffen wurde, erklärte der Vorsitzende der französischen Unterkommission, die Sache gehe die Waffenstillstandskommission nichts an. Er könne auch nicht einsehen, weshalb die Bitte der deutschen Delegierten erfüllt werden sollte. Den deutschen Kriegsgefangenen gehe es gut; sie seien fett. Jetzt hat Marschall Foch auf ein schriftlich gestelltes Ersuchen einfach erwidert, die erbetene Erlaubnis könne nicht erteilt werden.

* * *

WTB. **Amsterdam**, 7. Febr. Der [illegible]ing Post“ zufolge haben Wilson und seine Mitarbeiter die amerikanische Auffassung von der Freiheit der Meere, die der Friedenskonferenz unterbreitet werden soll, folgendermaßen formuliert: 1. Keine Nation soll eine so große Flotte besitzen, daß sie im Stande wäre, die Kontrolle über die Meere allein auszuüben. 2. Kriegsregeln sollen während eines Krieges nicht geändert werden. 3. Jede Nation, gleichviel ob kriegführend oder neutral, soll für die Innehaltung der zur See geltenden Regeln in Kriegszeiten streng verantwortlich gemacht werden. 4. Der Begriff Bannware soll in Friedenszeiten genau bestimmt werden und kein neutrales Land soll Bannware verschiffen. Auch sollen Schiffe neutraler Länder versuchen, eine von einem kriegführenden